

Mietzinsbeihilfe verweigern = Wohnungsnot und existenzielle Notlagen verschärfen!!!

Den GemeinderätInnen sei in Erinnerung gerufen:

„Innsbruck Informiert“ Jänner 2014:

„Leistbares Wohnen für die BürgerInnen der Stadt zu ermöglichen, ist eines der prioritärsten Zielsetzungen der Stadtführung ... Eine wesentliche Unterstützung durch die öffentliche Hand ist dabei die Mietzins- und Annuitätenbeihilfe.“

„Geld das sinnvoll investiert und notwendig für die soziale Sicherheit unserer Gesellschaft ist. Durch die steigenden Mietpreise am privaten Wohnungsmarkt entsteht ein immer größerer finanzieller Druck. Um dieser Entwicklung gerecht zu werden und unseren Bürgerinnen und Bürgern leistbares Wohnen zu ermöglichen, springt die öffentliche Hand ein, so die Bürgermeisterin.“

Durch die nun geplante Verschärfung des Zugangs zur Mietzinsbeihilfe werden die Mieten um keinen Cent sinken, sondern weiterhin steigen. Wir fordern Sie deshalb auf, wohnpolitische Maßnahmen zu setzen, die Wohnen wirklich finanzierbar machen, anstatt die Wohnungsnot noch weiter anzuhetzen!

Wohnungsnot (= zu hoher Mietaufwand im Vergleich zum Einkommen) in Innsbruck spitzt sich dramatisch zu: zahlreiche InnsbruckerInnen klagen über eine zu hohe Wohnkostenbelastung. Die Steigerung bei den Mietzinsbeihilfenanträgen unterstreicht diese Entwicklung in besorgniserregendem Ausmaß!

Dass nun ausgerechnet bei der Mietzinsbeihilfe eingespart werden soll, ist ein politischer Skandal. Jährliche Ausgaben von ca. 5 Millionen Euro sind für die Stadt Innsbruck verkraftbar. Gerade vor dem Hintergrund der im „Innsbruck Informiert“ veröffentlichten Ausgaben für Großprojekte (Haus der Musik, Regionalbahn, Kletterzentrum, Stadtbibliothek, Stadthaus usw.) ist die Verweigerung von Mietzinsbeihilfe für jeden einzelnen Betroffenen ein Schlag ins Gesicht! Ihnen bleibt nach Abzug der Mietkosten zu wenig Geld zum Leben übrig. Ein Teil davon wird dann auf Mindestsicherung angewiesen sein! Ist das tatsächlich der politische Wille?

Solange das Grundbedürfnis Wohnen für breite Teile der Bevölkerung nicht finanzierbar ist, braucht es die Mietzinsbeihilfe! Darüber hinaus muss der soziale Mietwohnbau forciert werden. Das ist die wesentliche Aufgabe, wenn die politisch Verantwortlichen wirklich auf die steigenden Mietpreise am privaten Wohnungsmarkt Einfluss nehmen wollen.

Wenn Sie dem Antrag „drei Jahre Wartezeit bei der Mietzinsbeihilfe“ zustimmen,

- **treiben Sie Menschen in die Armut und verschärfen existenzielle Notlagen!**
- **wälzen Sie die Kosten auf die Mindestsicherung ab (keine Ersparnis!)**
- **produzieren Sie noch mehr Wohnungsnot in Innsbruck!**

Sie treffen damit: Familien und ihre Kinder, AlleinerzieherInnen und ihre Kinder, PensionistInnen und all jene Menschen, die sich die hohen Mieten am privaten Wohnungsmarkt nicht leisten können!

Der SPAK fordert Sie daher auf, sozial- und wohnpolitische Verantwortung zu übernehmen und dem Antrag nicht zuzustimmen!

Darüber hinaus fordert der SPAK weiterhin:

- Mietzinsbeihilfe in allen Gemeinden nach einheitlichen Kriterien ab dem ersten Tag
- Berücksichtigung der Betriebskosten bei der Berechnung der Mietzinsbeihilfe
- Anpassung des anrechenbaren Wohnungsaufwandes an die realen Kosten
- Mietzinsbeihilfe muss mit einem Rechtsanspruch versehen werden.

**Die Existenzsicherung der BürgerInnen von Innsbruck muss prioritär behandelt werden!
Keine Maßnahmen, die die Lebensqualität einschränken und zu existenziellen Notlagen führen!
Mietzinsbeihilfe ab dem ersten Tag in ganz Tirol!**